

Freie Demokratische Partei (FDP)

Landesverband Sachsen
Radeberger Straße 51
01099 Dresden

Antwort der FDP Sachsen zu den Wahlprüfsteinen des Landesverbandes der Kultur- und Kreativwirtschaft Sachsen e.V.

1. Mit welchen landespolitischen Maßnahmen soll die Kultur- und Kreativwirtschaft in Sachsen gefördert und weiterentwickelt werden?

Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist nicht allein ein Empfänger staatlicher Unterstützung, sondern muss in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung für Sachsen gestärkt werden. Deshalb wollen wir die bisherigen Fördermaßnahmen auf den Prüfstand stellen und auf die besonderen Anforderungen der Branche anpassen.

2. Welche Rolle misst Ihre Partei branchenübergreifenden Kooperationen bei, um Innovationen im Freistaat zu fördern? Welche Bedeutung hat dabei für Sie die Kultur- und Kreativwirtschaft?

Für einen einzigartigen sächsischen Gründergeist braucht es ein Umfeld, das gestandene Unternehmer wie auch Gründer fördert und nicht behindert. Eine solche Gründerkultur sieht neue Unternehmen als Chance. Wir wollen Unternehmern, Start-ups und Nachfolgern die besten Voraussetzungen für Gründung und Wachstum bieten. Dabei ist für uns klar, dass auch ein Scheitern kein Stigma sein darf.

Die Fähigkeit und der Mut zu Innovationen sind entscheidend für unseren zukünftigen Wohlstand und unsere Lebensqualität. Wir wollen ein fortschrittsbegeistertes Sachsen, das seinen Bürgern Lust darauf macht, neue Möglichkeiten in allen Lebensbereichen mit Freude und Zuversicht zu nutzen. Eine große Offenheit für Innovationen, neue Technologien und Digitalisierung ist für uns kein Selbstzweck. Sie verbessert das Leben der Bürger in Alltag und Beruf und mehrt unseren Wohlstand – ob durch den Wegfall von Wartezeiten bei Behörden, personalisiertes Lernen in Schule, autonomes Fahren oder eine bessere Gesundheitsversorgung durch moderne Telemedizin. Wir bekennen uns klar zum Prinzip der Technologieoffenheit bei Forschung, Entwicklung und Anwendung neuer Erkenntnisse. Wir glauben, dass sich die Überlegenheit einer Idee nur in einem offenen und fairen Wettbewerb zeigt. Digitale Kommunikation ermöglicht uns noch stärker ein selbstbestimmtes Leben, Arbeiten und Kommunizieren. Dadurch nimmt jedoch auch die „digitale Verwundbarkeit“ durch Kriminelle zu. Die Sicherheit von Daten und das Selbstbestimmungsrecht über die Nutzung eigener Daten haben für uns höchste Priorität.

3. Welche Rolle spielt die Kultur- und Kreativwirtschaft für Ihre Partei bei der Gestaltung des Strukturwandels, insbesondere in der Oberlausitz und im Mitteldeutschen Revier?

Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, durch gesetzliche Freiräume und Investitionsförderung besondere Anreize für wirtschaftliche Neuansiedlungen und das Wachstum bestehender Unternehmen zu schaffen. Zusammen mit einem Ausbau von Hochschul- und Forschungseinrichtungen sowie verbesserter digitaler und Verkehrsinfrastruktur wollen wir eine attraktive Sonderwirtschaftsregion Lausitz schaffen.

Wir wollen einen lebenswerten ländlichen Raum. Deswegen brauchen wir bis 2025 5G und gigabitfähige Netze in jedem Dorf. Zusammen mit einem intelligenten ÖPNV wollen wir die Reisezeit in die Mittelzentren zeitlich verkürzen und die Taktung besser aufeinander abstimmen. Der Abbau der Grenzen zwischen den Verkehrsverbänden ist unser Ziel. Zur Sicherung der ärztlichen Versorgung, der Pflege und anderer Formen der Daseinsfürsorge muss der Freistaat Sachsen einen wirksamen Instrumentenkasten anbieten, aus dem sich die Kommunen vor Ort bedienen können. Durch Digitalisierung und Zusammenarbeit lassen sich schwierige Aufgaben auch im ländlichen Raum lösen. Wir wollen die Stärken des ländlichen Raums besonders hervorheben. Eine leistungsfähige Landwirtschaft, starkes Handwerk, Traditionen und ein aktives Vereinsleben müssen erhalten und unterstützt werden.

4. Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um einerseits dem Mangel an Räumen für kulturelles und kreatives Schaffen in den urbanen Zentren und andererseits dem Leerstand in den kleineren Städten und ländlichen Räumen zu begegnen?

Mit dem Ausbau der Infrastruktur (Verkehr, Netzausstattung, Kita, Schulen, Gesundheitseinrichtungen) können diese Unterschiede teilweise ausgeglichen werden. Häufig ist die Lebensqualität in den ländlichen Räumen höher als in den urbanen Zentren.

5. Wie steht Ihre Partei zur Einführung einer eigenständigen, substantiellen Förderung der Musikwirtschaft und der Designwirtschaft in Sachsen? Wie könnte diese Förderung aussehen?

Wir stehen einer solchen eigenständigen Förderung sehr aufgeschlossen gegenüber. Dabei könnte man sich bspw. an Förderprogrammen für die Musikwirtschaft auf Bundesebene orientieren.

6. In einigen Teilmärkten der Kultur- und Kreativwirtschaft ist der Anteil an Frauen besonders hoch. Gleichzeitig liegt der Gender Pay Gap z.T. erheblich über dem in der Gesamtwirtschaft. Welchen Handlungsbedarf sieht Ihre Partei an dieser Stelle?

Da es sich in der Kultur- und Kreativwirtschaft häufig um inhabergeführte bzw. kleine Unternehmen handelt, halten wir staatliche Eingriffe für kontraproduktiv.

7. In welcher Höhe setzt Ihre Partei den Haushaltstitel „Kultur- und Kreativwirtschaft“ für den nächsten Doppelhaushalt an?

Um diese Frage zu beantworten, muss der Gesamthaushalt betrachtet werden. Selbstverständlich muss die Höhe des Etats der gestiegenen Bedeutung der Kultur- und Kreativwirtschaft angepasst werden.

8. Die in der Regel durch die Sächsische Aufbaubank ausgereichten Fördermittel des Freistaates Sachsen sollen grundsätzlich allen Branchen offenstehen. De facto jedoch werden die kleinteilig strukturierten (vor allem als Soloselbständige oder Kleinstunternehmen organisierten) Kultur- und Kreativwirtschaftsunternehmen durch komplizierte und insbesondere nicht digitalisierte Antragsverfahren benachteiligt. Wie wird Ihre Partei den aktuell hohen Verwaltungsaufwand sowohl für den Fördermittelgeber als auch die AntragstellerInnen minimieren?

Für eine bessere Gründungsdynamik ist der schnelle und erleichterte Zugang zu Gründungs- und Wachstumskapital entscheidend – ob von Banken, Fördereinrichtungen des Freistaates oder auch privaten Geldgebern. Wir setzen uns dafür ein, dass Forschungsfördermittel der Europäischen Union stärker auf die realen Bedürfnisse des sächsischen Marktes mit seiner kleinteiligeren Wirtschaftsstruktur angepasst werden. Die Bearbeitungszeiten für Förderprogramme im Bereich Gründung und Innovationen bei der Sächsischen Aufbaubank (SAB) müssen mit einer vertretbaren maximalen Bearbeitungszeit versehen werden. Weiterhin setzen wir uns für die Fortsetzung der Bereitstellung von Beteiligungskapital über die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft (MBG), den Wachstumsfonds Mittelstand (WMS) und den Technologiegründerfonds (TGFS) sowie für die Etablierung von Nachrangdarlehensfonds für Investitionen und Darlehensfonds für mittelständische Unternehmen zur Markterschließung in Abhängigkeit von der Entwicklung der Kapitalmarktzinsen ein. Langfristiges Ziel muss es sein, Sachsen deutlich attraktiver für privates Risikokapital zu machen. Wir wollen nationale und internationale Wagniskapitalgeber für Investitionen in Sachsen begeistern und mit ihnen im Rahmen von Public-Private-Partnership-Projekten die Rahmenbedingungen für Existenzgründungen im digitalen Umfeld auf ein internationales Spitzenniveau bringen.

9. Aktuell vorhandene Förderinstrumente des Freistaats tragen neuartigen, insbesondere digitalen Geschäftsmodellen in der Kultur- und Kreativwirtschaft nur wenig Rechnung. Auch außenwirtschaftlich relevante Präsentationsformate wie Festivals und Konferenzen sind derzeit nicht förderfähig. Wie beabsichtigt Ihre Partei, diesem Defizit zu begegnen?

Siehe Frage 1 und 8

10. Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei für den Aufbau eines Think Tank, um die potientiale der Kultur- und Kreativwirtschaft als Innovationstreiber für wirtschaftliche und gesellschaftliche Prozesse, insbesondere für den für den Wissenstransfer aus Institutionen der Forschung und Entwicklung, besser als bisher zu nutzen?

Wir wollen in Sachsen die Etablierung von Start-up-Zentren und Inkubatoren für digitale Geschäftsmodelle sowie digitale Technologien und Methoden vorantreiben. Dabei werden wir eine Gleichbehandlung bei der Unterstützung zwischen privaten und öffentlichen Initiativen sicherstellen. Diese sollen Gründer, Bildungssektor und Wirtschaft eng miteinander verzahnen und damit in schnellen Zyklen Forschungsergebnisse in die Wirtschaft transferieren. Der Wettbewerbsgedanke soll durch Ausschreibungen gestärkt werden, mit dem Ziel, national und international herausragende Start-up-Zentren zu schaffen. Leistungsfähige Infrastruktur für eine funktionierende Digitalisierung Sachsen hat im Bereich der digitalen Infrastruktur enorm viel aufzuholen. Unser Ziel ist es, dass bis 2025 mindestens 98 Prozent der Landesfläche mit einer Geschwindigkeit von deutlich über 100 Mbit/s an das Internet angebunden sind. Die derzeitige Unterversorgung im Mobilfunknetz, vor allem Funklöcher entlang von Verkehrswegen, soll bis spätestens 2024 beseitigt sein. Dies sind für uns Zwischenschritte auf dem Weg zu flächendeckenden Gigabit-Netzen im nächsten Jahrzehnt. Wir wollen, dass der Freistaat im Sinne der Daseinsvorsorge die landesweite Etablierung des 5G-Mobilfunkstandards offensiv unterstützt. Beim Ausbau der digitalen Infrastruktur setzen wir zuerst auf die Innovationskraft privater Anbieter. Wo

Unternehmen nicht wirtschaftlich arbeiten können, sind staatliche Gelder gefragt. Die Errichtung einer modernen digitalen Infrastruktur in Sachsen umfasst alle Bereiche – landesweite Vernetzung (Glasfaserausbau), Gebäudeinfrastruktur (z.B. Schulen, Verwaltung) und den öffentlichen Raum (z.B. WLAN im ÖPNV, Stadt- und Gemeindegebieten). Dabei setzen wir auf Technologieoffenheit.

Wir verstehen den Aufbau und Transfer von Wissen und Technologie als wichtigen Standortfaktor, der für den wirtschaftlichen Erfolg des Freistaates unerlässlich ist. Vor allem bei den mit öffentlichen Mitteln finanzierten Forschungsprojekten ist eine funktionierende Transferstrategie Pflicht. Daher wollen wir eine fundierte, landesweit abgestimmte, effiziente und erfolgreiche Transferpolitik, mit der die Ergebnisse sächsischer Forschung schnell und bürokratiearm in die Anwendung überführt werden. Wir wollen die bestehenden Transferstrukturen langfristig absichern und gezielt ausbauen. Dafür soll in den Zielvereinbarungen der Hochschulen mit dem Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst (SMWK) und in Projektbewilligungen dem Bereich Wissens- und Technologietransfer ein größerer Stellenwert als bisher eingeräumt werden. Die Wissenschaft muss in die Lage versetzt werden, von Anfang an Verwertungsstrategien zu erarbeiten und erfolgreich umzusetzen. Transfer bedeutet für uns nicht nur die Verwertung von Patenten. Wir wollen, dass auch Selbstständige, Angestellte, Unternehmer, Handwerker und Dienstleister von neuen Erkenntnissen sächsischer Forschungseinrichtungen umfassend profitieren. Dafür setzen wir auf einen stärkeren Ausbau von Weiterbildungsangeboten, Wissensmarketing und der Verwertung sogenannter „nichtmonetärer“ Produkte an den Hochschulen des Freistaates. Akademische Weiterbildung gehört noch nicht zu den Kernaufgaben sächsischer Hochschulen. Das wollen wir ändern. Die bisher bestehenden bürokratischen Beschränkungen wollen wir konsequent abbauen. Wir wollen in Sachsen die Zukunftsinvestitionen von Staat und Wirtschaft in Forschung und Innovation bis 2025 auf 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigern, um die zu erwartenden geringeren europäischen Fördermittel für Sachsen und das Auslaufen des Solidarpaktes abzufedern. Gerade diese kommenden Umbrüche im sächsischen Landeshaushalt fordern größere Anstrengungen bei der Innovationsförderung, wenn wir den derzeitigen Standard halten wollen. Sächsische Unternehmen wissen häufig noch zu wenig, was ihnen Hochschulen für die Verbesserung von Produkten und Dienstleistungen wie auch für die Unternehmensentwicklung bieten können. Auch werden oft innovationswilligen Unternehmen gemeinsame Projekte mit Forschungseinrichtungen durch bürokratische Hürden erschwert. Wir wollen eine stärkere Vernetzung regionaler Unternehmen mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen erreichen.

Wir unterstützen die Einführung einer technologieoffenen steuerlichen Forschungsförderung auf Bundesebene. Damit wird es auch für kleinere Unternehmen attraktiver, eigene Forschungsprojekte durchzuführen, um ihr Angebot zu erweitern oder auch die Kosten ihrer Produkte zu senken.

Die Gestaltung der Digitalisierung ist ein echtes Jahrhundertprojekt, das alle Politikbereiche des Freistaates umfasst. Wir brauchen als Grundvoraussetzung eine im internationalen Vergleich überdurchschnittlich leistungsfähige digitale Infrastruktur. Davon sind wir noch weit entfernt. Durch intensive Öffentlichkeitsarbeit und eine Stärkung des Verbraucherschutzes wollen wir dafür sorgen, dass die Vorteile der Digitalisierung für alle Bürger sichtbar und erlebbar werden. Dazu gehört auch die Aufklärung über den Schutz vor Cyberkriminalität. Wir werden zudem ein sächsisches Informationsfreiheitsgesetz im Sinne des „Open-Data-Prinzips“ so schnell wie möglich verabschieden und umsetzen.

Für die Bewältigung von digitalen Schlüsselaufgaben wollen wir unter Einbeziehung externer Experten eine neue digitale Roadmap (Digitalstrategie 2030) für Sachsen mit konkreten Meilensteinen und Transparenz bei der Zielerreichung entwickeln. Wir wollen die Zersplitterung von bisherigen Zuständigkeiten überwinden und die Position eines Staatsministers für Digitalisierung schaffen. Gemeinsam mit einem „Chief Digital Officer“ (CDO) in jedem Staatsministerium ist er für die Umsetzung der Digitalstrategie 2030

verantwortlich. Dazu gehören in jedem Ministerium unter anderem die Bereiche Sicherheit, Datenschutz, Infrastruktur und Prozessautomatisierung.

Digitalisierung bedeutet nicht, dass herkömmliche Prozesse einfach nur auf einen digitalen Datenfluss umgestellt werden. Sie erfordert, Arbeitsweisen und Strukturen grundsätzlich zu hinterfragen und zu modernisieren. Sie ermöglicht Veränderungen mit höheren Geschwindigkeiten. Neue agile Methoden und Werkzeuge für Ministerien, Unternehmen und Bürger wollen wir über ein „Sächsisches Kompetenzzentrum für digitales Arbeiten“ als öffentlich-rechtliches Partnerschaftsprojekt (PPP) bereitstellen. Wir glauben daran, dass Kommunikation und Transparenz den Kern der Digitalisierung bilden und damit Menschen unterstützen, die digitale Welt zu verstehen und erfolgreich zu nutzen.

Wir benötigen eine Ausbildungsoffensive für mehr digitale Kompetenzen. Die Zukunft unseres Landes wird in großen Teilen durch digitale Fähigkeiten und Kompetenzen bestimmt. Wir brauchen in Wirtschaft, Bildung, Verwaltung und auch im Alltag mehr Personen, die über Programmierfähigkeiten und Digitalkompetenzen verfügen. Wir streben dazu unter anderem an, die Zahl der entsprechenden Studienplätze in Sachsen um 20 Prozent zu steigern. Den Hochschulen wollen wir dafür die entsprechenden Mittel geben. Generell muss die Ausbildung digitaler Kompetenzen einen höheren Stellenwert in allen Bildungsstufen erhalten – von Kita und Schule über Berufsausbildung bis zu Studium und Techniker Ausbildung. Digitale Technologien können besonders effektiv lebenslanges Lernen unterstützen.

11. Welche Position vertritt Ihre Partei im Hinblick auf die derzeitige Debatte zur Novellierung des EU-Urheberrechts, insbesondere zu den Regelungen aus Artikel 13?

Wir sehen die Reform des EU-Urheberrechts kritisch. Wir stehen für Alternativen, um das Urheberrecht ohne Uploadfilter zu schützen.

12. Die schlechte bis sehr schlechte digitale Infrastruktur (schnelles Internet, schnelles Funknetz) in den ländlichen Räumen (aber auch in Teilen der Städte) ist für die Kultur- und Kreativwirtschaft ein Standortnachteil. Welche Maßnahmen sieht Ihre Partei vor, um den digitalen Wandel voranzutreiben?

Um den Netzausbau zu beschleunigen, wollen wir einfachere Genehmigungsverfahren für den Bau von Mobilfunkmasten, die Bereitstellung geeigneter Immobilien des Freistaates und sowie ein Programm für Kommunen und private Initiativen, in unterversorgten Gebieten eigene Sendemasten zu bauen und zu vermieten. Wir streben an, dass die Masten des digitalen Behördenfunks (BOS) im Freistaat Sachsen nach Möglichkeit auch für kommerzielle Mobilfunkanbieter nutzbar werden. Wir unterstützen die Erprobung innovativer Datenkommunikation im 5G-Standard, die nach dem Prinzip der bisherigen Rundfunkverbreitung arbeiten (Broadcast).

Sachsen besitzt herausragende Kompetenzen bei Mikroelektronik und Software. Wir wollen ein europäisches Entwicklungs- und Demonstrationszentrum für das Internet der Dinge (IoT) im öffentlichen Raum („Smart City“) und zehn „digitale Dörfer“ in Sachsen als „digitale Leuchttürme“ mit konkretem Nutzen für Bürger und Unternehmen schaffen. Wir werden dafür sächsischen Gemeinden technische, finanzielle und organisatorische Unterstützung geben und sie wissenschaftlich begleiten. Innerhalb Sachsens setzen wir auf eine leistungsfähige digitale und vernetzte Infrastruktur in Stadt und Land. Die digitale Integration sehen wir als große Chance für den ländlichen Raum, Lebensbedingungen und wirtschaftliche Attraktivität zu steigern. Die Projekte „Smart Systems Hub“ in Dresden und „Smart Infrastructure Hub“ in Leipzig wollen wir konsequent vorantreiben.

Wir wollen in Sachsen die modernste und bürgerfreundlichste öffentliche Verwaltung Deutschlands schaffen. Dafür werden wir Prozesse komplett auf den Prüfstand stellen und konsequent digitalisieren. Europäische Länder wie Estland und Dänemark zeigen, dass die Staatsverwaltung in allen Bereichen schneller, einfacher und effizienter arbeiten kann. Ein leistungsfähiges eGovernment spart nicht nur den Bürgern Zeit, Geld und Nerven, sondern ist auch ein Aushängeschild für den Technologiestandort Sachsen. Der Freistaat hat in der Regierungszeit der Freien Demokraten zwar als erstes Bundesland ein umfassendes eGovernment-Gesetz eingeführt –bisher werden die Möglichkeiten aber nicht genutzt. Wir wollen zentrale Standards in allen Bereichen erarbeiten und mit einer festen gesetzlichen Frist bis 2025 in allen Behörden und im Sächsischen Landtag umsetzen. Dabei setzen wir auf Technik-und Anbieteroffenheit. Wettbewerb schafft auch hier die besten Lösungen. Wir wollen gängige Kommunikationstechnologien wie verschlüsselte E-Mails, digitale Signaturen und Apps auch in der Kommunikation mit Behörden einführen.

Wir wollen bis 2025 papiergebundene Verwaltungsvorgänge in Sachsen digitalisieren. Mindestens 80 Prozent aller Leistungen und Antragsverfahren sollen bis dahin medienbruchfrei und digital möglich sein. Dazu müssen auch die Kommunikationswege aller Behörden des Freistaates und der Kommunen auf elektronische Kommunikation eingerichtet sein. Die Bürger sollen die Vorlage von Belegen etwa bei den Finanzämtern auch auf elektronischem Weg per Scan erledigen können. Digitalisierung schafft nur dann mehr Effizienz, wenn sie umfassend und auf allen Ebenen eingeführt wird. Wir wollen bei der Digitalisierung der Verwaltung von den Besten in Europa und der Welt lernen, anstatt jede Lösung neu zu erfinden.

Bei der Digitalisierung in der Verwaltung gilt für uns, dass der Bürger stets Herr seiner Daten bleiben muss. Deshalb werden wir bei der Datenverarbeitung grundsätzlich die datenschutzfreundlichste Verfahrensweise zum Einsatz bringen. Dies bedeutet auch, dass eine Datenweitergabe aus Melderegistern an kommerzielle Empfänger oder Religionsgemeinschaften nur mit Einwilligung der Betroffenen erlaubt sein soll (Opt-in-Regelung). Daten sollen nur erhoben und gespeichert werden, wenn dies erforderlich ist. Das bedeutet auch, dass einmal erhobene Daten auch für weitere Verarbeitungen zur Verfügung stehen können, wenn der Betroffene dies so will. Dadurch wird die mehrfache Erhebung derselben Daten vermieden.